Eine „Achsenverschiebung“ der EU-Türkei-Beziehungen: ziellose Verhandlungen, unsolidarische Flüchtlingspolitik, gescheiterter „religiöser Putschversuch“

M. Murat Erdoğan

I. Einleitung[1]

Gewiss stellt der 15. Juli 2016 eine Zäsur in der jüngeren Geschichte der türkischen Demokratie dar. Um den 15. Juli und die Entwicklung danach verstehen zu können, ist ein Blick auf die türkische Politik, die Fetullah Gülen-Bewegung (*Cemaat*) und die türkische Innen- und Außenpolitik während der Zeit der AK-Partei von zentraler Bedeutung.

Nachdem die AK-Partei 2002 an die Regierung gekommen war, fragte man sich natürlich, welche Politik die Partei gegenüber dem Westen, vor allem aber gegenüber der EU, verfolgen würde. Ihren Ursprung hatte die AK-Partei in der „*Millî Görüş*“-Bewegung, die für ihre antiwestliche Haltung bekannt war. Für Necmettin Erbakan, den Gründer und die Identifikationsfigur der „*Millî Görüş*“-Bewegung, war das EU-Projekt ein „jüdisches Projekt“ und eine christliche Gemeinschaft.[2]

Laut Erbakan würde die Türkei, wenn sie der EU beitreten sollte, „eine Provinz Israels“ werden. Die anti-westlich geprägte Bewegung spaltete sich immer mehr auf. So entschied sich eine junge Gruppe aus dieser Bewegung auszutreten und gründete 2001 eine neue Partei, die AK-Partei. Persönlichkeiten wie Recep Tayyip Erdoğan, Abdullah Gül und Bülent Arınç standen an der Parteispitze. Mit den Worten „Wir haben das Hemd

---

1 Ich bedanke mich herzlich an Frau Melike Luise Örser und Frau Büşra Aksoy für ihre Hilfe bei der deutschen Übersetzung dieses Artikels.

2 Vgl. Çayhan, Esra: Die Türkei-EU Beziehungen von gestern bis heute und die diesbezüglichen Ansichten der politischen Parteien, Boyut Kitapları, İstanbul 1997; Dağı, İhsan D.: Transformation of Islamic Political Identity in Turkey: Rethinking the West and Westernization, in: Turkish Studies, Jg. 6, Heft 1, S. 21-37.

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

der *Millî Görüş* ausgezogen", übermittelten sie ihrer alten Organisation, aber auch dem Westen eine wichtige Botschaft. Bei den Wahlen im November 2002 konnten nur zwei Parteien die Zehn-Prozent-Hürde bewältigen. Daher schaffte es die AK-Partei mit 34 Prozent der Stimmen und 326 Abgeordneten (von insgesamt 550) die absolute Mehrheit zu erreichen. Nur eine einzige weitere Partei, die CHP schaffte es mit 177 Abgeordneten (19 Prozent) ins Parlament. Nun hatte die AK-Partei jedwede Chance, Veränderungen einzuleiten und die Politik zu gestalten.

Die Gründer der AK-Partei, die für ihre traditionell anti-westliche Haltung bekannt waren, standen kurz nach ihrem Regierungsantritt vor der wichtigen Frage, wie es mit den Verhandlungen zwischen der Türkei und der EU weitergehen sollte.[3] Im Dezember 1999 erhielt die Türkei offiziell den Status eines Beitrittskandidaten, und machte im Rahmen der „EU-Anpassungsgesetze" von 2000 bis 2002 wichtige Fortschritte. Gesetzesänderungen, wie die Abschaffung der Todesstrafe und viele andere bedeutende Neuordnungen wurden im Rahmen der Umsetzung der Kopenhagener-Kriterien verabschiedet.[4] Ab November 2002 änderte die AK-Partei ihre anti-westliche und vor allem ihre anti-europäische Haltung radikal und kündigte an, dass sie sich um die EU-Mitgliedschaft bemühen werde. Seit dem Start der Verhandlungen im Jahr 1959 war die AK-Partei zweifelsfrei die Partei, die sich am meisten um einen Fortschritt in den türkisch-europäischen Beziehungen bemühte und war auch erfolgreich in der Erfüllung der Beitrittskriterien.[5] Dies hatte verschiedene Gründe. Ihr Ziel war es, ein breites Publikum zu erreichen und sich von einer „Identitätspolitik"[6] zu distanzieren. In diesem Zeitraum war die Partei akut von einem Verbot bedroht. Daher war es für die AK-Partei überlebensnotwendig, ihre

3 Vgl. Steinbach, Udo: Die Türkei – regionale Macht oder Verbündeter des Westens?, in: Reiter, Erich (Hrsg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 1999, Hamburg / Berlin / Bonn 1999, S. 562-578.

4 Vgl. Schönbohm, Wulf: Auf dem Weg nach Europa. Entwicklungen in der Türkei seit Helsinki, in: Internationale Politik, Jg. 55, Heft 11 (2000), S. 11-18.

5 Vgl. Kramer, Heinz: EU – Türkei: Vor schwierigen Beitrittsverhandlungen, SWP-Studie S11, Berlin 2005; Kühnhardt, Ludger: Die Türkei und Europa, in: Mut. Forum für Kultur, Politik und Geschichte, Nr. 431 (2003), S. 42-47.

6 „Identitätspolitik" ist "a tendency for people of a particular religion, race, social background, etc., to form exclusive political alliances, moving away from traditional broad-based party politics." Oxford Dictionary: https://en.oxforddictionaries.com/definition/identity_politics.

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Rechtmäßigkeit zu beweisen, sich im Konflikt mit den Obersten des Militärs und den Justizbehörden die Unterstützung der EU zu sichern und die Chance der EU-Mitgliedschaftsverhandlungen, die die Türkei bekommen hatte, erfolgreich zu nutzen.

In Europa gelang es der Partei mit ihrer „Pro-Europa"-Politik Zweifel an ihrer konservativ-demokratischen Haltung zu beseitigen und sogar Sympathie für sich zu gewinnen. Diese Politik setzte sie bis 2005 engagiert im Rahmen der Demokratie und der Menschenrechte fort. Einer der schwierigsten Problempunkte in dieser Zeit war der Zypernkonflikt[7], ein für die Innenpolitik der Türkei immer wieder heikles und sensibles Thema.[8] Der Lösung dieses Problems, also der Versöhnung mit Griechenland, räumte die Partei oberste Priorität ein und scheute sich auch nicht vor einem Konflikt mit Rauf Denktaş, dem damaligen Präsidenten der Türkischen Republik Nordzypern.

Die AK-Partei übte Druck auf die Türkische Republik Nordzypern zu Gunsten des UN-Plans („Annan-Plan") aus, leistete gleichzeitig viel Überzeugungsarbeit und konnte damit den größten Teil der Bevölkerung Nordzyperns davon überzeugen, beim Referendum für die Wiedervereinigung zu stimmen.

Im Jahr 2004 schaffte es die Türkei unter Führung der AK-Partei, dass die Parlamentarische Versammlung des Europarates am 22. Juni 2004 beschloss, das vom Europarat 1996 eingeleitete Überwachungsverfahren (Monitoring) zu beenden. Drei bis fünf Jahre zuvor glaubte niemand daran, dass die Türkei die Kopenhagener Kriterien jemals umsetzen könnte, man hielt das Land für „Lichtjahre davon entfernt", doch unter der Führung der AK-Partei konnte das Land die für die Beitrittsverhandlungen notwendigen Kriterien erfolgreich erfüllen.

Am 15.12.2004 sprach sich das Europäische Parlament, welches traditionell Demokratisierungsprozesse in der Türkei skeptisch beobachtet, mit einer deutlichen Mehrheit von 407 gegen 262 Stimmen dafür aus, die Bei-

---

7 Vgl. Axt, Heinz-Jürgen: Das Türkei-EU-Dilemma, in: Südosteuropa Mitteilungen, Jg. 45, Heft 4-5 (2005), S. 16-23; ders.: Zypern: Vertane Chance, in: Internationale Politik, Jg. 58, Heft 1 (2003), S. 23-24.

8 Vgl. Bölükbaşı, Süha: Barışçı Çözümsüzlük , Ankara 2001; sowie das Themenheft Zypern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Jg. 59, Heft 12 (2009); Richter, Heinz A.: Kurze Geschichte des modernen Zypern: 1878-2009, Wiesbaden 2010.

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

trittsverhandlungen mit der Türkei ab dem 3. Oktober 2005 aufzunehmen und bekundete damit die Unterstützung und das Vertrauen der EU in die AK-Partei. Mit den außerordentlichen Anstrengungen der AK-Partei und der Zivilgesellschaft und mit großer Unterstützung der Opposition, schaffte es die Türkei mit unerwarteter Geschwindigkeit und unter der Leitung eines unerwarteten Akteurs, der EU-Mitgliedschaft so nahe zu kommen wie nie zuvor. Auch wenn das Thema Zypern und andere wichtige Probleme nicht gelöst waren, konnte man dennoch von einem großen Erfolg sprechen.

Deutschland hatte sowohl bezüglich des im Dezember 1999 beschlossenen Kandidatenstatus als auch bezüglich der Türkei-EU-Verhandlungen unter der Führung der AK-Partei[9] eine besondere Stellung bei diesen türkisch-europäischen Verhandlungen.[10] Innerhalb der EU gab es zwei verschiedene Ansätze, wie der Beitritt der Türkei zu beurteilen sei.[11] Die Vertreter des ersten Ansatzes sind offen für eine Mitgliedschaft, sobald die Türkei ihre Beitrittskriterien erfüllt, wohingegen die Vertreter des zweiten Ansatzes die Türkei zwar als einen Partner anerkennen, allerdings deren Beitritt in die EU, welche sie als eine Kultur- und Wertegemeinschaft verstehen, nicht akzeptieren. Die rot-grüne Koalitionsregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joschka Fischer unterstützte mit ihrer Politik die Mitgliedschaft der Türkei; besser gesagt, sie stand ihrem Beitritt nicht im Weg und führte somit die Türkei bis an die Tür Europas.

In dieser Zeit schien die Türkei bereit für den Beitritt in die EU zu sein, während die EU dafür noch nicht bereit schien. Denn eine Türkei in der EU und eine Türkei als Partner der EU waren zwei verschiedene Konzepte. Ihre Einwohnerzahl, ihre geographische Lage, ihr kultureller und wirtschaftlicher Status, ihre Nachbarländer und ihre Dynamik machten die Türkei zu einem ganz besonderen Kandidaten für die EU. Die Entschei-

---

9 Vgl. Polenz, Ruprecht: Besser für beide: Die Türkei gehört in die EU, Hamburg 2010.

10 Vgl. Kramer, Heinz / Reinkowski, Maurus: Die Türkei und Europa: Eine wechselhafte Beziehungsgeschichte, Stuttgart 2008; Kramer, Heinz: A Changing Turkey: The Challenge to Europe and the United States, Washington, D.C. 2000.

11 Vgl. Kühnhardt, Ludger: Von der ewigen Suche nach Frieden, Bonn 1996, S. 272ff.

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

dung der EU, welches Konzept in Bezug auf die Türkei angewendet werden soll, wird gleichzeitig der Kompass zur Gestaltung der Zukunft Europas sein. Die Entscheidung darüber, ob die Türkei der EU als vollwertiges und gleichberechtigtes Mitglied beitreten soll, macht gleichzeitig die Antwort auf die Frage komplizierter, ob die EU sich weiterhin als eine „in sich geschlossene, glückliche, wohlhabende Gemeinschaft" definieren will oder das Ziel hat, sich im internationalen Milieu als ein wichtiger Global Player zu etablieren.

Die Entwicklungen nach 2004 waren sehr lehrreich, um zu erkennen, in welchem Maße die EU-Mitgliedsstaaten bereit waren, mit der Türkei zu kooperieren. Die europäische Skepsis gegenüber der Türkei kam in den Verhandlungstexten mit Begriffen wie „Aufnahmefähigkeit", „Verhandlungen mit offenem Ende" etc. zum Ausdruck. Somit war der Anfang der Verhandlungen nicht einfach. Sowohl Zypern als auch Griechenland verlangten Zugeständnisse von der Türkei. Manche EU-Länder, die immer noch Bedenken hatten, verfolgten nun eine neue Politik, mit dem Ziel das Fortschreiten der Verhandlungen zu verlangsamen. Die Türkei wurde während dieser Verhandlungsperiode nicht unterstützt, ganz im Gegenteil, ihr Weg in die EU wurde erschwert.

Ein weiterer Faktor verkomplizierte den Beitrittsprozess der Türkei in die EU: Zwei wichtige EU- Mitgliedsstaaten bildeten eine neue Regierung. Die Rot-Grüne Regierung in Deutschland, die die Türkei unterstützte, fand mit den Wahlen am 18. September 2005 ihr Ende. Angela Merkel gewann die Wahl mit 35,2 Prozent der Stimmen, während Gerhard Schröder nur 34,2 Prozent erhielt. Somit wurde Angela Merkel, die eine Türkei-EU-Partnerschaft bevorzugte, sieben Wochen nach Beginn der Beitrittsverhandlungen, also am 22. November 2005, die neue Verhandlungspartnerin.

Am 6. Mai 2007 brachten die Wahlen in Frankreich Nicolas Sarkozy, der die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei als ein Instrument für seinen Wahlkampf benutzt hatte, ins Präsidentenamt. Ab Mai 2007 wurde die Beziehung zwischen der EU und der Türkei aufgrund der Sarkozy-Merkel-Ära immer problematischer. Diese Veränderungen waren in allen Verhandlungen deutlich zu sehen. Nach dem 3. Oktober 2005 wurden nur 16 der insgesamt 35 Beitrittskapitel eröffnet und nur ein einziges abgeschlossen. Sechs Beitrittskapitel werden von Zypern und fünf von Frankreich blockiert. Somit erlitt der Verhandlungsprozess einen harten Dämpfer. Es ist natürlich schwer zu sagen, ob die Situation eine andere wäre,

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

wäre es in Deutschland und in Frankreich nicht zu einem Regierungswechsel gekommen, denn in jedem Mitgliedstaat gab es skeptische Stimmen bezüglich des EU-Beitritts der Türkei. Aber die Merkel-Sarkozy-Ära hat ganz klar zu Veränderungen in den Beziehungen geführt. Gleichzeitig war die Enttäuschung in der Türkei sehr groß. Insbesondere mit der Haltung im Hinblick auf die Zypernproblematik wurden die Beitrittsverhandlungen bewusst blockiert, infolge dessen verlangsamte sich der Reformprozess in der Türkei. Eine Erklärung der Situation ihren eigenen Wählern gegenüber, die vorab schon Zweifel an einem EU-Beitritt der Türkei hatten, fiel der AK-Partei recht schwer. EU-Mitgliedsstaaten, welche den Beitritt der Türkei in die EU verhindern, dafür aber nicht direkt selbst als Akteure in Erscheinung treten wollten, nutzen zur Blockierung des Beitritts erfolgreich die Zypernproblematik.[12] Während Griechenland mit einer Politik der Erpressung zu einem wichtigen Akteur im Beitrittsprozess der Türkei, vor allem im Rahmen der Zypernfrage, geworden war, verlor man in der Türkei immer mehr das Vertrauen in die EU. Die EU, die nicht die sich entfernende Türkei, sondern ganz im Gegenteil, die Annäherung

12 Die Zypernproblematik ist seit den 1950er Jahren ein wichtiges Thema. 1974 fand ein Putschversuch statt, der das Ziel hatte die Insel mit Griechenland zu vereinigen, doch die Türkei nutze ihr im zyprischen Grundgesetz verankertes Recht als Garantiemacht und griff ein. 1983 rief die türkisch-zypriotische Führung die Unabhängigkeit der Türkischen Republik Nordzypern, kurz TRNZ aus, wodurch der Konflikt einen chronischen Charakter erhielt und die Insel faktisch geteilt wurde. Die ständigen Bemühungen der UN brachten auch keine Lösung. Dadurch, dass 2004 Zypern im Namen der gesamten Insel Mitglied der EU wurde, wurde auch der chronische Konflikt ein ständiger Bestandteil der Türkei-EU Beziehungen. 1999, als die Türkei offiziell zum Beitrittskandidaten wurde und auch vor dem Beginn der Beitritts-verhandlungen im Jahre 2005, wurde seitens der EU immer wieder darauf gepocht, dass die Türkei ihre Haltung im Zypernkonflikt ändern sollte. Denn die Türkei erkannte nicht an, dass das Vollmitglied der EU und das von der EU anerkannte Land, die gesamte Insel repräsentiere und lehnte auch die aus Verträgen wie zum Beispiel der Zollunion diesbezüglich entstehenden Pflichten ab. Vor den Beitrittsverhandlungen einigten sich die Türkei und die EU in dem sogenannten Zusatzprotokoll zum „Ankara Abkommen“. Die Türkei unterzeichnete dieses Protokoll zwar am 29. Juli 2005, gab aber gleichzeitig eine Erklärung ab, dass dieser Schritt keineswegs die Anerkennung der Republik Zypern bedeute. Trotz der türkischen Vorbehaltserklärung eröffnete die EU am 3. Oktober 2005 die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, doch der faktische Zustand des Zypernkonflikts brachte die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei zum Stocken.

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

der Türkei als eine Bedrohung betrachtete, akzeptierte diese Situation. Doch in kürzester Zeit stellte man fest, dass mittel- und langfristig die Folgen einer verloren gegangenen bzw. einer unkontrollierbaren Türkei schwerwiegend sein würden. Dies bedeutet nicht, dass die Türkei zwischen 2005 und 2010 bereit für die Mitgliedschaft gewesen wäre; dennoch war ihre Hauptmotivation für den Verhandlungsprozess der Beitritt. Die Skepsis der EU, dass die Türkei ihr eventuell „so nah sein könnte, dass es kein Zurück mehr gäbe" führte dazu, dass die EU keine weiteren Beitrittskapitel wie „Justiz, Freiheit und Sicherheit" mehr eröffnete und dabei gleichzeitig Bedenken an dem Verlauf der Demokratisierung der türkischen Republik äußerte; diese Haltung war weder glaubwürdig noch effektiv. Das Reformtempo in der Phase, in der sich die Türkei und die EU nahestanden und die problematische Entwicklung danach sprechen für sich. Die wichtige Rolle der EU für die Demokratisierung in Griechenland, Portugal, Spanien sowie in den ehemaligen Ostblockstaaten ist bekannt. Heute weiß man, dass die meisten EU-Länder Schwierigkeiten bei der Einhaltung und Umsetzung der Maastrichter und Kopenhagener Kriterien haben. Hier wäre wohl der ehrliche Wille und die Bereitschaft seitens der EU, eine Mitgliedschaft der Türkei anzustreben, ein entscheidender Faktor.

Die Türkei bietet aufgrund ihrer großen Einwohnerzahl auch Potenziale für die EU; es ist aber auch nicht leicht, die EU-Mitgliedschaft eines Landes zu verinnerlichen, dessen wirtschaftlicher Status weit unter dem EU-Durchschnitt liegt und das außerdem noch äußerst problematische Nachbarn hat. Darüber hinaus würde die Türkei im Falle einer Mitgliedschaft eine wichtige Rolle in den EU-Institutionen spielen. Doch die EU-Mitgliedstaaten sind offensichtlich noch nicht bereit dafür, in der EU mit einer gleichberechtigten Türkei zu kooperieren.

In den letzten Jahren verstärkte ein wichtiger Faktor die Bedenken der EU bezüglich der Mitgliedschaft der Türkei: der „charismatische Führer" Recep Tayyip Erdoğan und sein politischer Führungsstil. Die Frage seitens der EU, ob man mit solch einer Türkei die EU gemeinsam verwalten könne, ist daher nicht überraschend. Dennoch darf man nicht vergessen, dass die Schuld an der wachsenden Skepsis gegenüber einem EU-Betritt der Türkei nicht allein mit dem Stil der türkischen politischen Eliten begründet werden kann, sondern auch die EU ihren Teil zu dieser Skepsis beigetragen hat. Man kann beobachten, dass dies von Zeit zu Zeit seitens der EU falsch wahrgenommen wird.

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Die EU ist ein äußerst wichtiger Motivator für die Demokratie in der Türkei. Dennoch wird es nicht „der Westen“ oder werden es nicht „die Europäer“ sein, die die Türkei demokratisieren, wirtschaftlich weiterentwickeln und zu einem Staat mit einer freiheitlichen Demokratie formen, in dem die Menschenrechte geachtet werden, sondern „die türkischen Staatsbürger“ selbst. Die EU ließ sich von den Bedenken, dass eine eventuelle Mitgliedschaft der Türkei näher gerückt sein könnte, ablenken, ihre positive Macht als Motivator in den Demokratisierungsprozessen des Landes zu nutzen und hat dabei auch oft skrupellos ihre Prinzipien über Bord geworfen. Man könnte sich fragen, ob die EU nicht ihre Bedenken, wie steigenden Autoritarismus, Nationalismus und mangelnden Schutz der Meinungsfreiheit instrumentalisiert, um der Türkei den Beitritt zu verwehren? Betrachtet man die Situation nur aus dem Blickwinkel, dass die Türkei allein dafür verantwortlich ist, dass sie sich von der EU entfernt, dann können die Probleme sicherlich nicht überwunden werden. Die EU-Politik ist zur türkischen Innenpolitik geworden, wie noch nie zuvor. Aber im Westen ist zu oft der Fehler gemacht worden, nur Recep Tayyip Erdoğan und seine Anhänger als die gesamte Türkei zu betrachten. Das ist gegenüber der türkischen Demokratie und den Demokraten unfair. Wie 50 Prozent der Erdoğan-Anhänger, leben auch die 50 Prozent seiner Gegner in der Türkei. Es ist nicht bekannt, wie lange die heutigen politischen Akteure an der Macht sein werden. Aber die Türkei wird für die EU ein sehr großes und wichtiges Land bleiben. Mit anderen Worten: Die Türkei ist mehr als „nur Erdoğan“. Aus diesem Grund sollte nicht vergessen werden, dass die zunehmend emotionaler und niveauloser werdenden Reaktionen der EU, die gesamte türkische Gesellschaft enttäuscht und verändert haben.

II. Achsenverschiebung der EU-Türkei-Beziehungen

Seit 15 Jahren ist die AK-Partei ohne Unterbrechungen an der Regierung. Die Leistungen in der türkischen Innen- und Außenpolitik kann man in folgende Zeitabschnitte aufteilen: 2002-2007, 2007-2011, 2011-2016 und die Zeit nach dem 15. Juli 2016.

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

II.1 2002-2007: EU-Politiken und die „Koalitions-Periode"

In dieser Periode versuchte die türkische Regierung die Beziehungen mit den westlichen Institutionen möglichst als eine Priorität zu betrachten, sowie Reformen auf den Gebieten Demokratisierung, Menschenrechte und Meinungsfreiheit umzusetzen. In diesem Zeitraum war der Aufschwung der Wirtschaft ein zentraler Motor. Vom Europäischen Parlament und vom Europarat bekam die Türkei im Rahmen der Weiterentwicklungen bezüglich der Menschenrechte und der Demokratie „ein Visum" und somit öffnete sich der Beitrittsweg für die Türkei.

Eines der wichtigsten Merkmale dieses Zeitabschnitts war, dass die AK-Partei es für sehr wichtig hielt, den Dialog mit sowohl innerparteiischen als auch außerparteiischen andersgesinnten Strukturen zu suchen und Koalitionen zu bilden. Eine dieser Koalitionen war das Bündnis mit der „Gülen-Bewegung" (*Cemaat)*. Nachdem der Rest der *Millî Görüş*-Bewegung bei ihrem Führer Necmettin Erbakan geblieben war, entwickelte sich eine ernste Annäherung und Zusammenarbeit zwischen der AK-Partei und der Gülen-Bewegung. Der *Cemaat* unterstützte Recep Tayyip Erdoğan und die AK-Partei, vor allem im Kampf gegen die militärisch-zivile Bürokratie sowie gegen die Justiz und leistete sogar weltweit Lobbyarbeit zu Gunsten der AK-Partei. Man profitierte gegenseitig von der Zusammenarbeit. Dieser Zeitraum war für die aus der Gülen-Bewegung stammenden Personen und ihre Sympathisanten eine erfolgreiche Periode.

II.2 2007-2010: Die Konsolidierungsphase der AK-Partei und der Beginn der Krise mit der EU

Ab 2007 rückte der Führungsstil von Recep Tayyip Erdoğan immer mehr als ein wichtiger Faktor in den Fokus. Obwohl Abdullah Gül als Präsident gewählt worden war, wurden in diesem Zeitraum politische Koalitionen immer mehr hinterfragt. Gleichzeitig schaltete die Merkel-Sarkozy-Ära endgültig die Europa-Motivation der Türkei aus. In diesem Zeitraum war auch die Lösung des Kurden-Konflikts für die AK-Partei ein wichtiges Thema, Recep Tayyip Erdoğan unternahm wichtige Anstrengungen für eine politische Lösung der Kurdenfrage. Ahmet Davutoğlu, der bislang die Außenpolitik der AK-Partei entscheidend mitprägte, übernahm als Außenminister des Landes eine wichtige Rolle. Das Selbstvertrauen der Türkei war gestärkt und auf dieser Basis entwickelte man eine neue proaktive

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Außenpolitik. Ahmet Davutoğlu initiierte das neue außenpolitische Konzept der „Strategische Tiefe“[13] unter dem Motto „Null-Probleme mit den Nachbarstaaten“.

Nach 2007 begann die Türkei das Ziel zu verfolgen, das Fundament für ihre Position als regionale Macht zu festigen, anstelle sich für die unerwünschte Vereinigung mit der EU einzusetzen. Tatsächlich spielte die EU-Politik der AK-Partei für den Aufbau des Selbstbewusstseins der Türkei und für ihr starkes Auftreten in den anderen islamischen Ländern eine wichtige Rolle. Anstatt der pragmatischen Außenpolitik wurde die Identitätspolitik für die AK-Partei immer wichtiger.

Vom Westen wurde die Türkei ständig als „Vorbild“ für die arabischen Länder propagiert. Genau aus diesem Grund bot der Arabische Frühling ab 2010 eine wichtige Gelegenheit, um nicht nur Beobachter bei der Neustrukturierung des Mittleren Ostens zu sein, sondern als „Modell“ und „Akteur“ zu fungieren. Die Türkei agierte mit der Unterstützung der EU, doch als der Wind des Arabischen Frühlings sich wendete, konnte man beobachten, dass sich die Türkei unter den größten Verlierern dieses Prozesses befand.

Wenn man auch zeitweise die Kontrolle im Kampf gegen die bürokratische Vormundschaft und gegen das Militär verlor, führte die AK-Partei ihre Zusammenarbeit mit der Gülen Bewegung fort. Diese Zusammenarbeit konnte man auch bei der Volksabstimmung vom April 2017, welche unter dem Motto „Ende der bürokratischen Vormundschaft“ stand, deutlich beobachten. Dennoch entstanden langsam Konflikte zwischen dem nachrückenden neuen Kader der AK-Partei und der Gülen-Bewegung, dem Cemaat, welcher behauptete die AK-Partei an die Regierung gebracht zu haben und an der Macht zu halten. Auseinandersetzungen, wie beispielsweise welche Personen, in welcher Anzahl in wichtigen Behörden und Ministerien etc. eingesetzt werden sollten, machten den Konflikt immer offensichtlicher. Die weit verbreitete Macht der Gülen-Bewegung bereitete der AK-Partei Sorge; auch wenn diese anfangs als wichtige Unterstützung bei bestimmten Gerichtsverfahren, wie Balyoz[14], Ergenekon[15] etc. empfunden

13 Vgl. Davutoğlu, Ahmet: Stratejik Derinlik. Türkiye’nin Uluslararası Konumu [Strategische Tiefe. Internationale Lage der Türkei], Istanbul 2001.

14 Balyoz (türkisch für Vorschlaghammer) war der Name eines Planes oder Planspiels der türkischen Streitkräfte, von denen 2010 behauptet wurde, sie hätten das Ziel, die amtierende 58. Regierung der „Türkischen Republik“ (AKP) zu

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

wurde, so wurden doch die Bedenken grösser, die Bewegung könnte sich auch gegen die Partei richten.

II.3 2011-2016: EU und die Türkei: Gescheiterte Beziehungen und die Flüchtlingsproblematik

Mit der Verfassungsänderung, dem erneuten Wahlsieg und mit dem positiven Klima, das durch den Arabischen Frühling entstand, wurde ein neues Kapitel in der AK-Partei-Ära aufgeschlagen. In dieser Zeit wurden die Beziehungen zur Gülen-Bewegung von Tag zu Tag problematischer. Der Chef des Geheimdienstes wurde im Rahmen des „KCK-Prozesses" von den Staatsanwälten zu einer Anhörung bestellt. Dies wurde als Antwort auf den Versuch, eine friedliche Lösung im Kurdenkonflikt zu finden, und als ein erstes wichtiges Bedrohungssignal interpretiert.
Der Konflikt wuchs, als die Regierung versuchte die Förderung der Gülen-Bewegung einzuschränken sowie wichtige Persönlichkeiten und finanziellen Quellen der Bewegung, wie z.B. die Bildungseinrichtungen, unter Kontrolle zu bekommen. Der eigentliche Knackpunkt waren die Korruptionsermittlungen rund um Recep Tayyip Erdoğan, die im Dezember 2013 begannen.

---

stürzen. Daraufhin wurden Dutzende Generäle und Offiziere festgenommen und zu langen Haftstrafen verurteilt, bis das türkische Verfassungsgericht am 19. Juni 2014 beschloss, dass die Rechte der Beschuldigten in diesen Verfahren verletzt wurden und die sofortige Freilassung der Angeklagten anordnete. Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Balyoz.

15 Der Ergenekon-Prozess war ein sechseinhalbjähriges Mammutverfahren (Anfang 2007 bis Mitte 2013) in der Türkei, in dem hunderte (Ex-) Militärs, Juristen, Geschäftsleute, Politiker und Journalisten als mutmaßliche Mitglieder einer angeblichen Verschwörergruppe verhaftet und am 5. August 2013 zu hohen Haftstrafen verurteilt wurden. Diese nationalistische Untergrundorganisation namens Ergenekon sollte einen wichtigen Bestandteil des so genannten „tiefen Staates" darstellen, welcher angeblich seit 2003 versucht, durch Terror und Desinformation den Sturz der islamisch geprägten Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan herbeizuführen. Am 21. April 2016 wurde das Urteil durch das Istanbuler Berufungsgericht aufgrund manipulierter, mangelnder und/oder rechtswidrig beschaffter Beweise gekippt. Die freigesprochenen Angeklagten beschuldigen sowohl die Gülen-Bewegung, als auch den damaligen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan, Drahtzieher des Verfahrens zu sein. Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Ergenekon-Prozess.

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

In jener Zeit stellte man fest, dass sich die AK-Partei nicht nur von der EU distanzierte, sondern dass sie sich zugleich innenpolitisch der „Identitätspolitik“ zuwandte. Als die Regierung mit dem Umbau des Gezi-Parks begann, breiteten sich Demonstrationen, die hauptsächlich gegen Recep Tayyip Erdoğan gerichteten waren, in der gesamten Türkei aus. Das Interesse an diesen Demonstrationen zeigte, dass die türkische Gesellschaft den Oppositionsparteien im Parlament nicht mehr traute. Die Regierung sah die Gezi-Vorfälle als einen von ausländischen Kräften – zu denen sie auch die Gülen-Bewegung zählte – inszenierten Versuch an, die Regierung zu stürzen. Die Regierung stand den Demonstrationen kritisch gegenüber. Dadurch wurde die Opposition stärker und die Spannung zwischen Recep Tayyip Erdoğan und den westlichen Institutionen wuchs. Die AK-Partei-Regierung, die seit 2002 die absolute Mehrheit im Land hatte, wurde durch die Gezi-Proteste, dem wichtigsten sozialen Gegenapell, traumatisiert. Statt die Themen, die die gesellschaftlichen Proteste auslösten, zu erörtern und einen Kompromiss einzugehen, zog die Regierung es vor, die Vorkommnisse als einen „Putschversuch“ einzustufen. Die Gezi-Bewegung wandelte die politische Spannung in eine gesellschaftliche um. Sie spielte für die hier genannte dritte Phase der türkisch-europäischen Beziehungen nach 2011 eine wichtige Rolle. Sowohl bei den Demokraten und den Liberalen in der türkischen Gesellschaft als auch hinsichtlich der veränderten Haltung Europas gegenüber Recep Tayyip Erdoğan. Letzten Endes wurde die Gezi-Bewegung bei ihren Sympathisanten zu einer Legende, einer Utopie und bei ihren Skeptikern zu einer Phobie. Es schein so, als ob die „Gezi-Utopie“ bzw. die „Gezi-Phobie“ noch viele Jahre in der türkischen Politik und im türkischen Gemeinschaftsleben andauern werden.

Die Gezi-Proteste stellten einen Wendepunkt in den türkisch-europäischen Beziehungen dar. Die Türkei, die zuvor für sich die Rolle eines „Modell-Landes“ in Anspruch nahm und den Arabischen Frühling als solches begrüßte, gab die EU auf und wendete sich ihrer benachbarten Region zu. Als im März 2011 der Arabische Frühling in Syrien seine heftigen Wirkungen zeigte, beschloss die Türkei, den Ereignissen im Nachbarland genauer zu folgen und gegebenenfalls einzugreifen. Die erste 252-köpfige Flüchtlingswelle kam am 29. April 2011 in der Türkei an und die Zahl wuchs so schnell, wie es keiner jemals erwartet hatte. Nach dem Motto „vor der Tyrannei flüchtenden Menschen stehen unsere Türen offen“ und mit der Annahme, dass die Kommenden in kurzer Zeit wieder in

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ihre Heimat zurückkehren würden, verfolgte die Türkei eine Politik der „offenen Tür" gegenüber Flüchtlingen. Menschenströme aus Syrien und auch aus anderen Ländern überquerten die 911 Kilometer lange türkisch-syrische Grenze. Die türkische Regierung hoffte auf den baldigen Sturz des Assad-Regimes und somit auf die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimatländer, sodass die Türkei später in der Nahostpolitik eine wichtige Rolle übernehmen könne. Die unzumutbaren Gräueltaten Assads und die Gewalt die er ausübte, führten dazu, dass sich die zivile und bewaffnete syrische Opposition koordinierte und Unterstützung aus der ganzen Welt erhielt. Es war der benachbarten Türkei nicht möglich, sich aus diesem Prozess herauszuhalten. Doch weder die Flüchtlingsanzahl, noch der Zeitraum, den diese im Land verbringen würden, wurden richtig eingeschätzt. Der im August 2012 amtierende türkische Außenminister Ahmet Davutoğlu sagte, „Assad hat nur noch ein paar Wochen!"[16] „Unsere aktuelle Flüchtlingszahl liegt bei über 50.000. Das ist eine sehr hohe Zahl, welche uns sehr belastet. Unsere Obergrenze für die Flüchtlingszahl liegt bei 100.000, dann werden wir die Aufnahme stoppen und Pufferzonen bilden."[17]

Aufgrund der Auseinandersetzungen zwischen den „Freunden Assads" und den „Freunden des syrischen Volkes" sowie aufgrund der Unentschlossenheit der Obama-Führung wuchs die Krise weiter. Einschließlich der Pufferzonen, fand kein einziger Eingriff in der Region statt. Durch die Haltung der Russischen Föderation, des Irans und Chinas gleicht das Problem einem Wundbrand. Die Gräueltaten des IS, der die Instabilität in Syrien und im Irak ausnutzte, verschlimmerten die Lage nur noch mehr. Das gesamte Gleichgewicht in Syrien war gestört. Die Mächte, die der Auffassung waren, dass Assad unbedingt und umgehend zurücktreten sollte, haben den Kampf gegen den IS priorisiert und die Zukunft des Assad-Regimes wurde zu einem zweitrangigen Problem. Dies führte dazu, dass

16 Davutoğlu, Ahmet, zitiert nach: O. A.: Davutoğlu Esad'a ömür biçti, (Davutoğlu: „Nur noch wenige Wochen für Assad!") in: NTV vom 24. August 2012, http://www.ntv.com.tr/turkiye/davutoglu-esada-omurbicti,Nsez_e7zmEO7uz5O9Pv6hw [Übersetzung durch M.M.E.].

17 Davutoğlu, Ahmet, zitiert nach: O. A.: Davutoğlu'ndan Suriyeli mülteci açıklaması, (Davutoğlu machte Aussagen zu syrischen Flüchtlingen) in: Sputnik News vom 21. August 2012, https://tr.sputniknews.com/turkish.ruvr.ru/2012_08_21/Davutoglundan-Suriyeli-multeci-achiklamasi/ [Übersetzung durch M.M.E.].

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

sich einer der blutigsten, brutalsten Kriege der Weltgeschichte zutrug, mindestens 450.000 Menschen ums Leben kamen und seit dem Jahr 2011 25 Prozent der syrischen Bevölkerung aus dem Land flüchteten und weitere 25 Prozent innerhalb des Landes in relativ sicherere Gebiete ausweichen musste. Bei einer Einwohnerzahl von ca. 22 Millionen bedeutet das, dass ca. 11 Millionen Menschen ihre Heimatorte verlassen mussten.
Die Instabilität Syriens sowie der Region brachte einen weiteren Akteur ins Spiel: die Kurden. Der „säkulare Kurden kämpfen gegen radikale, salafistische Islamisten!“ Ansatz brachte den Kurden Sympathien und Macht. Durch den Kampf um die Stadt Kobane und um weitere Gebiete erlangten die kurdischen Organisationen ein hohes Ansehen und dadurch änderte sich die Tagesordnung sowohl in der Region als auch in der Türkei. Die zu dieser Zeit von der Türkei gewünschte friedliche Lösung der Kurdenfrage wurde von dieser Entwicklung negativ beeinflusst. Die kurdischen Organisationen unter der Führung der PKK erhielten auf internationaler Ebene mehr Unterstützung, außerdem wurden Ihre Erwartungen auf einen souveränen Kurdenstaat geschürt. Dies engte auch den Spielraum der kurdischen politischen Bewegung ein. Während die HDP, mit Selahattin Demirtaş an der Spitze aus allen möglichen Segmenten der Gesellschaft Unterstützung erhielt, konnte man beobachten, dass die aus Kandil geleitete PKK den Friedensprozess ausnutze und sich auf Stadtkämpfe vorbereitete, die ähnlich denen in Syrienwaren. Als die HDP bei den türkischen Parlamentswahlen im Jahre 2015 mehr als 13 Prozent der Stimmen erhielt und somit zu einem wichtigen Akteur in der türkischen Politik wurde, begann die PKK mit ihren Terroranschlägen und enttäuschte alle zutiefst. Es wurde offensichtlich, dass die HDP die PKK nicht kontrollieren konnte und das machte die Sachlage komplizierter. Daraufhin wurde der „Friedensprozess“ abgebrochen und es begann eine blutige und zerstörerische Terrorbekämpfung. Der aufsteigende Nationalismus und die Gewaltspirale bereiteten den Boden für die zunehmende Isolierung der Türkei in ihren Beziehungen zur EU. Während die Türkei die passive und aktive Unterstützung einer bewaffneten Terrororganisation seitens der EU mit deutlichen Worten kritisierte, versuchte Europa Druck auf die türkische Regierung auszuüben, indem sie die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei ebenso deutlich kritisierte.

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Doch die eigentliche „Achsenverschiebung"[18] zwischen der Türkei und der EU entstand mit der Flüchtlingswelle nach 2011. Europa ignorierte die Flüchtlingskrise bis 2014 und sah sie als ein Problem des Nahen Ostens an. Die EU riet der Türkei zu einer „Politik der offenen Tür". Zum Aufruf des Westens „Haltet eure Grenzen im Osten und Süden offen, haltet euch an die Politik der offenen Tür" gesellte sich noch der Aufruf hinzu „Schließt eure Grenzen im Westen fest zu".[19] Als im Jahre 2014 die Zahl der Flüchtlinge in der Türkei auf über 1,5 Millionen anstieg und Flüchtlinge aus der Türkei über Griechenland nach Europa einströmten, begann Europa von einer „Flüchtlingskrise" zu sprechen, als hätte diese gerade eben erst begonnen. Erst nach 2014, als sich die Flüchtlinge in der Türkei nach Europa wendeten, war dies auch zugleich das Signal zu erkennen, dass diese Flüchtlinge nicht mehr nach Syrien zurückkehren werden. Mit Ausnahme von Deutschland und Schweden wurde europäische Politik in Bezug auf diejenigen, die ihr Leben riskierten, um nach Europa zu gelangen, auf einer sehr „protektiven" und „west-euro-zentrischen" Ebene betrieben. Genau dieser Prozess war die Ursache dafür, dass die türkisch-europäischen Beziehungen fast nur noch unter einer Überschrift zusammengefasst werden konnten: Die Priorität der EU war es nun so wenig wie möglich Flüchtlinge aufzunehmen und Wege zu finden, diese in der Türkei zu halten. Zu dieser Zeit war das zentrale Thema der Besuche von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Ankara die Flüchtlinge.

2014-2017: Anstatt die Türkei als einen Beitrittskandidaten anzusehen, betrachtete die EU die Türkei wie ein nordafrikanisches Land, das als eine Pufferzone diene. Die Probleme auf politischer Ebene sowie die Rückschritte in den Bereichen der Demokratie und der Menschenrechte wurden stets von der Flüchtlingskrise überschattet. Auch auf der offiziellen Webseite der EU, auf der die Verhandlungen mit der Türkei thematisiert wur-

18 Dieser Begriff („Achsenverschiebung") wurde in diesem Kontext erstmals verwendet von Kutlay, Mustafa / Akçalı, Öznur: Mülteci Krizi ve Türkiye-AB İlişkilerinde Eksen Kayması Riski, USAK, Ankara 2015.

19 Vgl. Erdoğan, M. Murat: Syrians in Turkey: Social Acceptance and Integration, HUGO-Hacettepe University, Ankara 2014, in: http://fs.hacettepe.edu.tr/hugo/dosyalar/TurkiyedekiSuriyeliler-Syrians%20in%20Turkey-Rapor-TR-EN-19022015.pdf.

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

den, rückte die Flüchtlingsfrage in den Vordergrund.[20] In den Jahren 2014 und 2015 sind 1,2 Millionen Flüchtlinge in Europa angekommen, von denen rund die Hälfte Syrer waren. Die Reaktion der EU daraufhin war ein Plan, der die Türkei in ein „Billig-Hotel" umwandeln und den Flüchtlingen eine Unterkunft ermöglichen sollte. Das in 2016 vereinbarte „Türkei-EU-Abkommen" bot für diesen äußerst komplizierten Prozess ein sehr einfaches Modell an. Die EU wird der Türkei Geld zahlen, vielleicht ein neues Verhandlungskapitel eröffnen und sich ein bisschen in Bezug auf die Visa-Liberalisierung bemühen. Im Gegenzug sollen alle Flüchtlinge, die nach dem 4. April 2016 aus der Türkei in die europäischen Länder gekommen waren, wieder in die Türkei zurückgeschickt werden. Nichtsyrische Flüchtlinge soll die Türkei sofort wieder aufnehmen. Doch für jeden in die Türkei zurückgeführten Syrer, solle ein anderer syrischer Flüchtling aus der Türkei in der EU aufgenommen werden. Innerhalb dieses 1:1 Mechanismus soll die EU maximal 72.000 Flüchtlinge aufnehmen. Zwischen dem 4. April 2016 und dem 5. November 2017, also innerhalb von eineinhalb Jahren, nahm die EU 10.607 syrische Flüchtlinge aus der Türkei auf.[21] Der als „an Agreement between two losers" zu bezeichnende Vertrag war von Anfang an ein negativer Faktor in den türkisch-europäischen Beziehungen und erfüllte in keiner Weise den Anspruch, positiv auf die Situation einzuwirken. Die Achse zwischen der Türkei und der EU glitt von der Beitrittskandidatur ab und die Türkei übernahm nun die Rolle, die EU vor der Flüchtlingswelle zu beschützen. Dies bot den politischen Eliten in der Türkei mit anti-europäischer und anti-westlicher Haltung ernsthafte Chancen mit ihren Kritiken an der EU im türkischen Volk die Stimmung bezüglich der EU sehr negativ zu beeinflussen.

Im April 2011 befanden sich in der Türkei 58.000 Flüchtlinge, im Juli 2017 waren es bereits 3,6 Millionen, davon 3,2 Millionen Syrer.[22] Diese Zahl entspricht 4,5 Prozent der türkischen Bevölkerung (80 Millionen).

---

20 Vgl. Europäische Kommission: European Neighbourhood And Enlargement Negotiations: Turkey, Brüssel 2016, in: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/countries/detailed-country-information/turkey_de.

21 Vgl. Republic of Turkey Ministry of Interior, Directorate General of Migration Management: Migration Statistics. Temporary Protection, in: http://www.goc.gov.tr/icerik6/temporary-protection_915_1024_4748_içerik.

22 Vgl. UNHCR: Syria Regional Refugee Response. Inter-agency Information Sharing Portal, Turkey, Genf 2017, in: http://data.unhcr.org/syrianrefugees/country.php?id=224, Stand 08.11.2017.

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Hätte die EU prozentual genauso viele Flüchtlinge aufgenommen wie die Türkei, dann wären das 23,4 Millionen Flüchtlinge innerhalb der EU gewesen. Die Last und die Verantwortung wurden in keiner Weise auch nur ansatzweise mitgetragen. Laut einer Berechnung der Universität zu Köln betragen die Kosten für einen Flüchtling in Deutschland im Jahr ca. 15.000 Euro, das heißt, bei 3,6 Millionen Flüchtlingen würden die jährlichen Kosten ca. 54 Milliarden Euro betragen; doch der Türkei wollte man drei Milliarden Euro geben. Selbst wenn die Aufwendungen in der Türkei etwas geringer sind, ist es offensichtlich, dass die jährlichen Kosten der 3,6 Millionen Flüchtlinge mehr als 20 Milliarden Euro betragen werden. Wichtiger ist jedoch, dass dieses Thema die Beziehungen nicht nur finanziell belastet. Wenn die Türkei der EU im Jahr 20 Milliarden Euro zur Verfügung stellen und alle Flüchtlinge in die EU schicken wollen würde, wäre dies akzeptabel? Natürlich nicht! Es bestehen viel größere Risiken (politische, sicherheitsrelevante, soziale etc.) als nur die Kosten. Die Zahl der 6-17 Jahre alten und damit schulpflichtigen syrischen Kinder liegt zwischen 900.000 und einer Million. Die Integration dieser Kinder in das türkische Bildungssystem würde mindestens 45.000 neue Lehrer/ Lehrerinnen erfordern. Die Kosten der jeweils im Durchschnitt 1.000 Euro pro Monat verdienenden Lehrkräfte liegen in nur einem Jahr schon bei über 540 Millionen Euro. Auch die Gesundheitskosten sind immens. Die Höhe, der in den Jahren 2011 bis 2016 geleisteten medizinischen Versorgungsleistungen beträgt 22,5 Millionen. Es wurden mehr als 850.000 Operationen durchgeführt. Die Zahl der in der Türkei geborenen Babys liegt bei über 230.000. Mindestens 25 Millionen Rezepte wurden kostenlos verschrieben. Die Kosten für die 23 Flüchtlingscamps, in denen nur sieben Prozent der 3,6 Millionen Flüchtlinge im Land leben, betragen täglich ca. fünf Millionen US-Dollar. All diese Beispiele weisen darauf hin, wie hoch die finanziellen Belastungen sind. Doch wie schon betont, stellen diese Kosten nur einen Teil des gesamten Problems dar.

Die Gesellschaft und der Staat haben in den letzten sechs Jahren eine außerordentlich erfolgreiche Leistung erbracht. Kein Land hätte diese Herausforderung – 3,6 Millionen Flüchtlinge in sechs Jahren aufzunehmen und zu betreuen – in solchem Maß erfolgreich verwalten und bewältigen können. Das gesellschaftliche Akzeptanzniveau ist immer noch sehr, sehr

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

hoch, wenn auch immer zerbrechlicher.[23] Die Probleme mehren sich von Tag zu Tag. Es ist nicht klar, wie die türkische Wirtschaft mindestens eine Million neue Arbeitsplätze schaffen soll, während die allgemeine Arbeitslosenquote bei 10,7 Prozent und die Jugendarbeitslosigkeit bei 21,1 Prozent liegt sowie offiziell fast 3,5 Millionen türkische Staatsangehörige auf Arbeit warten (Stand Juli 2017).[24]

Aufgrund dessen sollte der Vertrag zwischen der Türkei und der EU dringend überarbeitet werden. Die wachsende anti-europäische und antiwestliche Haltung in der Türkei schadet der türkischen Demokratie und stellt für die EU ein mittel- und langfristiges Risiko dar. Dass der Türkei im Gegenzug für die Kontrolle der Flüchtlinge nur finanzielle Unterstützung geleistet wird, ist keine nachhaltige Politik. Die Flüchtlingspolitik der EU sowie die selektive Solidarität der EU gegenüber der Türkei und insbesondere das Türkei-EU-Flüchtlingsabkommen stärken antieuropäische, antiwestliche Entwicklungen innerhalb der Türkei. Nicht nur institutionell, sondern auch die emotionale Distanzierung von Europa in der Türkei wirkt sich negativ auf die Praxis der Demokratie im Land aus. Diese Entwicklung gibt denjenigen Spielräume, die bereit sind, sich von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit abzuwenden.

II.4 Türkisch-europäische Beziehungen seit dem 15. Juli 2016

Es ist offensichtlich, dass der 15. Juli 2016 ein Putschversuch gegenüber der gewählten Regierung war. Obwohl es einige Unklarheiten und Verwirrungen diesbezüglich gibt, sollte man den 15. Juli 2016 als eine Aktion gegen Recep Tayyip Erdoğan und die AK-Partei beurteilen. Hätte es den Widerstand nicht gegeben, bei dem nach dem Aufruf Recep Tayyip Erdoğans die Menschen den Tod in Kauf nehmend auf die Straße gingen – es kamen mehr als 250 Menschen ums Leben – und hätte sich die Opposition mit den Putschisten verbündet, dann wäre es unmöglich gewesen, den

23 Vgl. Erdoğan, M. Murat: Urban Refugees from „Detachment“ to „Harmonization. Syrian Refugees and Process Management of Municipalities: The Case of Istanbul, Marmara Municipalities Union (MBB), Istanbul 2017.

24 Vgl. Turkish Statistical Institute: Labour Force Statistics, July 2017 in: Press Release, No. 24632 vom 16. Oktober 2017, http://www.turkstat.gov.tr/HbGetirHTML.do?id=24632.

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Putschversuch abzuwehren. Der organisierten Struktur der Gülen-Bewegungen wird ein großer Anteil an dem Putschversuch zugeschrieben. In diesem Fall wäre es nicht falsch, den 15. Juli als einen „Putschversuch einer religiösen Gruppe gegen eine politische Bewegung mit starker religiöser Basis" zu definieren.

Eine der größten Enttäuschungen im Zusammenhang mit dem Putschversuch war für die Türkei die Haltung Europas. Unabhängig davon, ob man Recep Tayyip Erdoğan und die AK-Partei schätzt oder nicht, dass den Betroffenen des Putschversuches nicht ausreichend Unterstützung angeboten wurde, hat an die Haltung der USA beim Putsch im Jahre 1980 erinnert. Der damalige Putsch war ein Schlag gegen den nationalen Willen und die Demokratie des Landes. Eine kleine Gruppe von Putschisten hatte damals das türkische Volk um die Möglichkeit betrogen, eine eigene Opposition zu formen und die Regierung im demokratischen Rahmen zu wählen, dies wurde auch als eine Schmähung der demokratische Erfahrung des türkischen Volkes empfunden.

In diesem Rahmen ist es also zweitranging, ob die aktuelle Regierung bzw. Recep Tayyip Erdoğan eine falsche Politik betreibt oder nicht. Die passive Haltung der EU und der westlichen Welt und die Spekulationen, ob dieser Putsch von Recep Tayyip Erdoğan persönlich geplant worden sei, waren Grund genug dafür, dass Recep Tayyip Erdoğan seine Haltung gegenüber der EU stark revidierte, was sich vor allem in seiner sehr harten Sprechweise widerspiegelte. Der Konflikt wuchs mit der Forderung, die Mitglieder der Gülen-Bewegung in Deutschland an die türkische Regierung auszuliefern und wurde dadurch vertieft, dass Deutschland dieser Forderung nicht nachkam. Natürlich hatten auch die EU-Staaten bestimmte Gründe, weshalb sie diese Leute nicht an die Türkei auslieferten. Europa hatte sich ein weiteres Mal emotional verhalten und Recep Tayyip Erdoğan mit der Türkei gleichgesetzt.

Der 15. Juli ist ein Trauma, das in der türkischen Demokratie nie hätte stattfinden dürfen. Es ist offensichtlich, dass dieses Trauma vielfältige, zum Teil negative Vorgänge (wie u.a. die Ausrufung des Ausnahmezustands) hervorgerufen hat. Die Tatsache, dass die aktuelle Regierung davon profitiert, kann und darf keine Begründung dafür sein, einen Angriff auf die Demokratie des Landes als gerechtfertigte Aktion hinzunehmen. Genauso wenig wie nicht legale Maßnahmen unter dem Vorwand der Aufklärung des Militärputsches in kleinster Weise akzeptabel sind.

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Sollten die Europäer die türkische Gesellschaft in diesen schweren Zeiten unterstützen wollen, so sollten die Beziehungen nicht nur die Themen Flüchtlinge und Kritik betreffen, sondern die EU muss aufrichtige Unterstützung und Bereitschaft zeigen, auch über Probleme zu sprechen, wie z.B. die Frage, ob die Türkei über eine gesunde, funktionierende und stabile Demokratie verfügt. Dabei die Bemühungen des türkischen Volkes zu dieser Thematik zu ignorieren wäre ein großer Fehler. Die Türkei ist heute vielleicht noch nicht bereit für die EU, doch die EU ist ebenso noch ganz und gar nicht bereit für eine Mitgliedschaft der Türkei. Es ist keine nachhaltige Politik, die Türkei zu beschuldigen, ihre Schwächen in den Vordergrund zu rücken und somit das eigene Gewissen zu beruhigen. Darum sollte sich die EU von ihrer Strategie gegenüber der Türkei, die nur darauf aufgebaut ist, die Fehler und Defizite des Landes in den Fokus zu rücken und die von einer oft sehr herablassenden Haltung geprägt ist, verabschieden. Diese nutzt weder Europa noch der Türkei.

Die vielen berechtigten Sorgen über die Verfassungsänderung zu einem Präsidialsystem als Folge des Referendums vom 16. April 2017 sind verständlich. Recep Tayyip Erdoğan konnte sich dank seiner Leistungs-, Organisations- und Managementfähigkeiten 15 Jahre in verschiedenen politischen Spitzenfunktionen halten. Darin ist auch der wichtigste Grund für die Änderung des politischen Systems der Türkei zu sehen, das Regierungssystem soll seinen Fähigkeiten und seinem Drang nach Möglichkeiten, Entscheidungen effektiver und schneller umzusetzen, angepasst werden. Es ist offensichtlich, dass das größte Problem innerhalb dieses neuen Systems die Kontrolle des Präsidenten und der Regierung sowie die Einhaltung der Gewaltenteilung sein wird. Allerdings darf man nicht übersehen, dass die parlamentarische Demokratie in der Türkei aufgrund des sehr stark zentralistischen Parteiensystems nicht perfekt funktionierte. Jeder weiß ganz genau, dass das neue System allein durch das Verfassungsreferendum noch nicht voll funktionsfähig ist. Gespräche und Diskussionen werden fortgesetzt. Die türkische Gesellschaft hat eine nachhaltige demokratische Kultur. Ungeachtet des Ergebnisses des jüngsten Referendums vom April 2017 bleibt die demokratische Kultur in der türkischen Gesellschaft bestehen. Auch wenn im Referendum vom 16. April 2017 die „Ja“ - Stimmen mit 51,5 Prozent vorne lagen, wurden 48,5 Prozent „Nein“- Stimmen abgegeben. Dies könnte als eine dynamische politische Atmosphäre und als Hoffnung für die Demokratie interpretiert werden.

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Die Ereignisse nach dem 15. Juli 2016 sind inakzeptabel für eine Demokratie. Das ist offenkundig. Man sollte sich darauf konzentrieren, wie diese Phase in kürzester Zeit überwunden werden kann. Jede Art von militärischer Intervention gegen eine Demokratie sollte strikt abgelehnt werden, unabhängig davon, ob man die jeweilige Regierung akzeptiert oder nicht. Jede andere Haltung facht die Ablehnung Europas, des Westens, ja sogar der Demokratie in der Türkei an. Die über 100 Jahre andauernde Verwestlichung der Türkei wurde mit dem Willen und der Entschlossenheit der Türken realisiert. Dass die Türkei durch ihre außerordentlichen Bemühungen und ihre Entschlossenheit den Status „earned Europeanness"[25] („*Kazanılmış Avrupalılık*") errungen hat, ist auch für Europa sehr wichtig, das darf man nicht vergessen. Deshalb sollten die Europäer auf ihre eurozentrische und manchmal viel zu belehrende Haltung verzichten, für die Türkei langfristige Strategien entwickeln und etwas Abstand von den täglichen politischen Diskussionen halten. Für ein Europa in Frieden und Wohlstand sowie eine stabile Demokratie in der Türkei sind eine Basis aus gutem Willen und ehrlicher Anstrengung notwendig.

III. Eine schwierige Zeit in den deutsch-türkischen Beziehungen

Die türkisch-deutschen Beziehungen sind nicht nur im Hinblick auf die EU-Politik wichtig, sondern haben auch im bilateralen Rahmen eine besondere Bedeutung. Eines dieser wichtigen Elemente ist das im Jahr 1961 unterschriebener Anwerbeabkommen zwischen Deutschland und der Türkei und die damit begonnene türkische Migration, die nach einem halben Jahrhundert eine humanitär-soziale Realität geschaffen hat. Derzeit leben 3,2 Millionen Türkischstämmige in Deutschland, von denen die Hälfte die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt. Die deutsch-türkische Migrationsgeschichte bereichert die Beziehungen der beiden Staaten, führt aber zugleich zu Komplikationen. Obwohl in diesen 55 Jahren manche Fehler gemacht wurden, kann der Prozess der Integration der türkischstämmigen Menschen in die deutsche Gesellschaft als großer Erfolg betrachtet werden. Die in Deutschland lebenden Türken sind sowohl in der Gesellschaft,

25 Vgl. Erdoğan, M. Murat: „Earned Europeanness": Turkey and Diaspora Turks in Europe, in: American Journal of Islamic Social Sciences (AJISS), Jg. 26, Heft 4 (2009), S. 136-146.

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

der Politik, der Kunst als auch in der Wirtschaft ein unverzichtbarer Teil Deutschlands geworden. Der bekannte Schriftsteller Max Frisch brachte es auf den Punkt: „Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen." Wenn Deutschland auch jahrelang Widerstand geleistet hat, um die „Arbeiter" nicht als „Mitbürger" und dauerhaft Bleibende zu akzeptieren und aufgrund dessen die Integrationspolitik sehr langsam verlief, finden wir heute in allen Bereichen der Gesellschaft angesehene Persönlichkeiten, so wie türkischstämmige Bundestags- und Landesabgeordnete, Minister, Geschäftsleute und Sportler.

Soziologisch gesehen waren und sind die türkischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Ausland für die Türkei und die Türken ein wertvolles Fenster zur Welt. Für den türkischen Staat waren die Türken in Deutschland bis zu den 1980er Jahren aufgrund ihres finanziellen Beitrages sehr wichtig. Während im Jahr 1980 der türkische Export zwei Milliarden US-Dollar betrug, verdoppelte sich dieser Wert mit den Überweisungen der türkischstämmigen Arbeiterinnen und Arbeiter in die Heimat. Erst als Ankara erkannte, dass die Türkischstämmigen auf Dauer im Ausland sesshaft werden und die Einbürgerungen immer weiter zunahmen, gewannen die Türken im Ausland, vor allem die in Deutschland, für die Türkei eine besondere Rolle als ein „soft Power"-Element und wurden im Hinblick auf die bilateralen sowie die EU-Beziehung als ein „Potenzial" angesehen.

Insbesondere nach 2002, in der Zeit der AK-Partei-Regierungen, machte man große Anstrengungen, eine „türkischen Diaspora" zu konstruieren. Dadurch, dass die Türkei keine finanziellen Erwartungen mehr an die eigene Diaspora hatte, sondern diese in ein politisches Instrument umwandelte, erhöhte sie auch das Risiko für Krisen mit der EU, vor allem mit Deutschland und anderen europäischen Staaten mit hohem türkischstämmigen Bevölkerungsanteil. Trotz des Erfolges der über 50-jährigen Integrationsperiode mangelt es nicht an Problembereichen. Der identitäre Ansatz, wie die deutsche „Leitkultur"[26] nach dem Fall der Mauer, der radikale Anstieg der Islamophobie nach dem 11. September 2001, die Erschwerung der Einbürgerung, insbesondere für die Türkischstämmigen sowie die

26 Vgl. Tibi, Bassam: Leitkultur als Wertekonsens. Bilanz einer missglückten deutschen Debatte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 51, Heft B 1–2 (2001), S. 23–26; ders.: Europa ohne Identität? Die Krise der multikulturellen Gesellschaft, München 2000, S. 154.

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Neonazi-Angriffe und Morde etc. sorgten für große Bedenken in der türkischen Gesellschaft[27] und warfen die Assimilationsfrage erneut auf. Die Erfassung der politischen Entwicklungstrends in der Türkei seit Anfang der 2000er Jahre sowie die beeindruckende Führung Recep Tayyip Erdoğans, das erhöhte Selbstvertrauen der Türkei und die aktive Unterstützung der türkischen Diaspora durch die Türkei führten dazu, dass die Türkischstämmigen, vor allem in Deutschland und in den anderen europäischen Ländern, sich mehr und mehr an der Türkei orientierten und sich von den Ländern, in denen sie leben, immer mehr distanzierten. In der von HUGO durchgeführten Studie „Eurobarometer" gaben die Türkischstämmigen an, dass sie sich in Deutschland zu Hause fühlen, jedoch Deutschland nicht als ihre Heimat empfinden.[28] Außerdem seien sie mit ernsthaften Diskriminierungen konfrontiert. Zwar würden sie der deutschen Gesellschaft vertrauen, aber dennoch hätten sie Bedenken gegenüber der deutschen Regierung. Trotz allem betonen sie, dass sie in Deutschland bleiben wollen.

Die Türkei machte für die Stagnation in den Türkei-EU-Beziehungen nach 2007 die Merkel-Sarkozy-Ära verantwortlich. Somit war deutlich zu sehen, dass sich die Türkischstämmigen in Deutschland politisch mehr für die Türkei engagierten. Diese politische Beteiligung wächst aufgrund der Tatsache, dass in den letzten Jahren der Reformprozess in der Türkei still steht und die Identitätspolitik immer stärker dominiert. Die „türkische Diaspora", die eigentlich als ein Vehikel für die Interessen beider Länder dienen sollte, entwickelt sich mehr und mehr zu einem Akteur in Konflikten. Der wichtigste Grund dafür ist, dass die Türkei und die Türkinnen und Türken in Deutschland zu einem zentralen Thema der deutschen Innenpolitik geworden sind, während Deutschland sich zu einem täglichen Bestandteil der türkischen Außenpolitik entwickelt. Dieser Tatbestand zeigte seine alarmierenden Signale schon in der Volksabstimmung vom April

---

27 Vgl. Hacettepe University Migration and Politics Research Center-HUGO (Hrsg.): „Die Gefühle und die Meinungen der türkischen Migranten in Deutschland über die rassistische Neo-Nazi-Mordserie". Deutschland – Dezember 2011, Ankara 2011, in: http://fs.hacettepe.edu.tr/hugo/dosyalar/folien_zur_pressemitteilung.pdf.

28 Vgl. Hacettepe University Migration and Politics Research Center-HUGO (Hrsg.): Euroturksbarometer, Ankara 2013, in: http://fs.hacettepe.edu.tr/hugo/dosyalar/ETB_rapor.pdf.

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

2017. Außerdem erhöht dieser Prozess das Risiko, dass die Türkischstämmigen in Deutschland und Europa, die Europa und Deutschland über 50 Jahren die Treue hielten, als Problemfaktor in der Gesellschaft wahrgenommen werden. Dieser Eindruck sollte so schnell wie möglich beseitigt werden, denn die politische Instrumentalisierung der Migranten und der Menschen mit einem Migrationshintergrund im Rahmen der Tagespolitik und der Außenpolitik wird am meisten diesen selbst schaden.

Zweifellos ist die bilaterale Beziehung zwischen der Türkei und Deutschland ein wichtiger Bestandteil der Türkei-EU-Beziehungen. Die EU-Hauptstadt ist für die Türkei nämlich nicht Brüssel, sondern Berlin. Außerdem ist es offensichtlich, dass es für die Türkei ohne die aktive Unterstützung Deutschlands fast unmöglich ist, Fortschritte in den Türkei-EU-Beziehungen zu erreichen. Die Erwartungen Deutschlands, dass die Türkei die Maastricht- und Kopenhagen-Kriterien erfüllen muss, sind legitim und notwendig. Darüber hinaus ist die Sorge der Europäer hinsichtlich der Krisen und Konflikte im regionalen Umfeld der Türkei verständlich, da sie zu ernsthaften Strukturproblemen führen und die Sicherheit der Grenzen in Frage stellen könnten. Sobald jedoch die Identitätsthematik aufgeworfen wird, schadet dies den Beziehungen und stärkt nicht nur die anti-westliche und anti-europäische Opposition in der Türkei, sondern fördert auch die Radikalisierung. Die Türkei aus religiösen und kulturellen Gründen als EU-Mitglied abzulehnen, wäre ein großer Fehler für das Zusammenleben in Europa.[29] Zugleich bedeutet dies eine Diskriminierung der in Europa lebenden Türkinnen und Türken und der sich dem Islam zugehörig fühlenden Menschen. Es wäre nicht überraschend, wenn denjenigen, die heute aus religiösen und kulturellen Gründen „ein Europa ohne die Türkei“ wollen, morgen „ein Europa ohne Türken und Muslime“ verlangen würden. Dazu ist das Buch von Thilo Sarrazin aussagekräftig genug.[30] Daher bedarf es einer realistischen und integrativen Vision.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der türkisch-deutschen Beziehungen ist die Wirtschaft.[31] Während Deutschland mit 14 Milliarden Dollar (9,8

29 Vgl. Polenz: Besser für beide: Die Türkei gehört in die EU.

30 Vgl. Sarrazin, Thilo: Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München 2010.

31 Vgl. Deutsch-Türkische Industrie- und Handelskammer (Hrsg.): Wirtschaftsstatistiken zur Türkei, Istanbul 2017, http://www.dtr-ihk.de/wirtschaftsdaten/wirtschaftsstatistiken/.

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Prozent des türkischen Gesamtexportvolumens) auf dem ersten Platz der türkischen Exportliste steht, liegt Deutschland in der Importstatistik der Türkei mit 21,5 Milliarden Dollar (10,8 Prozent des türkischen Gesamtimportvolumens) gleich hinter China. Gleichzeitig beträgt der türkische Exportanteil in der deutschen Wirtschaft 1,8 Prozent und das Niveau der türkischen Importe beträgt 1,6 Prozent des deutschen Importvolumens. Damit steht Deutschland für den türkischen Außenhandel an erster Stelle, wobei die Türkei für den deutschen Außenhandel auf Platz 13 steht. Der wichtigste Direktinvestor in der Türkei ist weiterhin Deutschland. Der reiche, qualifizierte und stabile deutsche Markt ist und bleibt das Ziel der türkischen Wirtschaft, aber auch der große und dynamische Markt der Türkei ist ein Ziel vieler deutscher Investitionen.[32] Die etwa 7.000 deutschen Unternehmen in der Türkei haben dort rund 60.000 Arbeitsplätze geschaffen.[33] Außerdem ist die Türkei ein beliebtes Zielland vieler deutscher Urlauber. Der Tourismus bleibt für die türkische Wirtschaft weiterhin von großer Bedeutung.

Die militärische Zusammenarbeit beider Länder darf nicht vergessen werden. Jedoch entstanden in den letzten Jahren in dieser Hinsicht ernsthafte politische Konflikte, sodass die deutsche Bundeswehr sich für einen Rückzug aus dem Luftwaffenstützpunkt in İncirlik entschied und gleiches für den in Konya angelegten Stützpunkt signalisierte.[34]

---

32 Deutsche Kapitalgesellschaften sind mit 6.876 immer noch die meisten unter den ausländischen Gesellschaften in der Türkei. Trotz rückläufiger Tendenz halten sie hinsichtlich Anzahl als auch Kapital ihren Platz, vgl. Türkiye Cumhuriyeti Ekonomi Bakanliği: Uluslararasi Doğrudan Yatirimlar. 2016 Yili Raporu, in: https://www.ekonomi.gov.tr/portal/content/conn/UCM/uuid/dDocName:EK-250361, S. 22-26.

33 Vgl. Völlinger, Veronika / Weise, Zia: Wenn es um die Wirtschaft geht, in: Zeit Online vom 21. Juli 2017, http://www.zeit.de/politik/2017-07/deutsch-tuerkische-beziehungen-reisehinweis-hermes-buergschaften/seite-2; Auswärtiges Amt: Länderinformationen Türkei. Beziehungen zu Deutschland: Wirtschaftliche Beziehungen, Berlin 2017, in: http://www.auswaertiges-amt.de/sid_61E7C92F89AA6C60B5751AED010B8B5D/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tuerkei/Bilateral_node.html#doc336370bodyText3.

34 Vgl. o. A.: Militärische Zusammenarbeit mit Türkei „reibungslos", in: Handelsblatt vom 21. Juli 2017, http://www.handelsblatt.com/politik/international/ursula-von-der-leyen-militaerische-zusammenarbeit-mit-tuerkei-reibungslos/20091720.html.

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Die deutsch-türkischen Beziehungen sind zwar sehr vielfältig und haben hohes Potenzial, werden jedoch durch die aktuelle Politik beeinflusst und sind darum sehr zerbrechlich. Es werden wohl mehr die wirtschaftlichen Aspekte sein, welche eine Annäherung der beiden Länder wieder in den Vordergrund rücken lassen werden. Dass Siemens einen Milliarden-Auftrag in der Türkei bekommen hat, was übrigens von der türkischen Gesellschaft sehr erfreut aufgenommen wurde, darf nicht vergessen werden. Doch sofern diese Annäherung nicht gut gemanagt wird, bildet sie eine Grundlage für Krisen. Vor allem die Türken in Deutschland sollten unterstützt werden und die wertvolle und langjährige Zusammenarbeit soll gestärkt werden. Weder sollte Recep Tayyip Erdoğan in der deutschen Politik instrumentalisiert werden noch Deutschland in der türkischen Politik.

Trotz der aktuellen politischen Lage werden die deutsch-türkischen Beziehungen weiterhin bestehen und beide Länder werden deren Auswirkungen deutlich spüren. Sich von der täglichen politischen und emotionalen Sprache zu distanzieren und sich in wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, sozialen, politischen, militärischen und anderen Bereichen anzunähern, wäre nicht nur für die bilateralen Beziehungen wertvoll, sondern für Europa und auch für die ganze Region um die Türkei. Die Kooperation beider Länder ist für eine „Win-Win"-Situation notwendig; ohne Kooperation werden beide zu den „Losern" der globalen Entwicklung gehören.

IV. Schlussbetrachtung

In diesem Zusammenhang kann Folgendes resümiert werden:

- Die AK-Partei war die einzige türkische Partei, die sich in den Türkei-EU-Beziehungen sehr angestrengt und einen großen Beitrag zu deren Verbesserung geleistet hat. Bei der Blockierung der Verhandlungen ab 2006 spielte die Änderung der politischen Landschaft in Europa eine wichtige Rolle.
- Diese Blockade zeigt, wie wichtig die EU-Türkei-Beziehungen vor allem in Hinblick auf die Demokratisierungsprozesse sind. Diese Blockade hat aber auch andere Entwicklungen ausgelöst, sie ist auch der Grund dafür, dass sich die Türkei außenpolitisch neu orientiert hat.
- Die Gezi-Bewegung stellte eine offene und gesellschaftliche Reaktion auf die seit zehn Jahren herrschende AK-Partei dar. Dieser Zeitpunkt war ein Wendepunkt für die Türkei, sie trat in eine neue Periode ein, in welcher die Regierung sehr unsicher in der Fortführung der Refor-

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

men bezüglich Demokratisierung und Meinungsfreiheit war. Sobald die Regierung der „Gezi-Phobie“ ausgeliefert war, machte dies den Demokratisierungsprozess noch problematischer.

- Die friedliche Annäherung in der Außenpolitik kehrte sich mit dem Arabischen Frühling um. Die Syrien-Politik der Türkei zerbrach das Vertrauen und erschütterte die Beziehungen. Den Bruch in der Innenpolitik durch die Gezi-Bewegung erlitt man auch in der Außenpolitik durch den Syrienkonflikt.
- Im Hinblick auf die Kurdenfrage verfolgte Recep Tayyip Erdoğan einen ehrgeizigen Ansatz und definierte diesen mit den Worten, „Ich trete alle Arten des Nationalismus mit den Füßen“ und zeigte somit eine klare Haltung. Dadurch, dass die PKK 2014 aufgrund des Kampfes der Kurden in Syrien eine neue Politik verfolgte, sabotierte sie die Lösung des Konflikts.
- Bis 2014 war die EU an der menschlichen Tragödie in Syrien völlig uninteressiert. Sobald die Flüchtlinge ihren Blick auf Europa warfen, sprach man von einer „Flüchtlingskrise“. Die eigentliche Krise war aber die ausbleibende Verteilung der Lasten und der Verantwortung. Derzeit befinden sich immer noch mehr als 3,6 Mio. Flüchtlinge in der Türkei, die in den letzten sechs Jahren aufgenommen worden sind. Dies entspricht 4,61 Prozent der türkischen Gesamtbevölkerung. Die Zahl der Flüchtlinge, die die EU mit ihren 508 Mio. Einwohnern aufnahm, blieb bei rund 1,5 Mio. – im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung der EU sind das 0,3 Prozent. Aber noch wichtiger ist, dass es zu einer Achsenverschiebung zwischen der Türkei und der EU kam. Denn die EU erwartete, dass die Türkei die Flüchtlinge in der Türkei hält. Aus der Sicht der Türkei betrachtet die EU den türkischen Staat nicht mehr als einen Beitrittskandidaten, sondern behandelte ihn wie ein nordafrikanisches Land, also wie Tunesien, Marokko und Libyen. Das sogenannte „EU-Türkei-Abkommen“, mit anderen Worten auch „an agreement between two losers“, war so formuliert, dass die EU finanzielle Hilfe leistet, während die Flüchtlinge in der Türkei bleiben sollen. Bei den weiteren Vereinbarungen des Abkommens der Visa-Liberalisierung und der Eröffnung neuer Beitrittskapitel gelangen keine Fortschritte, sodass die Spannungen zwischen der Türkei und der EU wuchsen. So sind die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU aus türkischer Sicht der Flüchtlingskrise zum Opfer gefallen.

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

- Der 15. Juli 2016 war ein offener Putschversuch und somit eine Respektlosigkeit gegenüber der türkischen Bevölkerung sowie der Demokratie. Durch Recep Tayyip Erdoğans Aufruf, dem das türkische Volk folgte, mit der Standfestigkeit seiner von der Opposition und den Medien unterstützten Regierung und der des türkischen Parlaments, konnte der Putschversuch blockiert werden. Doch die andauernde „Erdoğan-Phobie" in Europa, hat verhindert, dass die demokratischen Prozesse in der Türkei nach dem gescheiterten Putschversuch die notwendige Unterstützung aus Europa erhielten. Dies war ein großer Fehler und gab somit anti-westlichen Stellungnahmen mehr Macht und Legitimation.
- Nach dem 15. Juli 2016 gibt es immer noch sehr große Probleme in Bereichen, wie Menschenrechte, Demokratisierung sowie freier Meinungsäußerung. Dass im Jahr 2017 noch über die Todesstrafe geredet wird zeigt eindeutig, dass wir uns in einer Rezessionsphase der Demokratisierung befinden. Rund 50.000 Menschen wurden mit dem Vorwurf, am Putschversuch beteiligt gewesen zu sein verhaftet, ca. 100.000 Menschen verloren ihre Arbeit.[35] Es ist kein Geheimnis, dass die Beziehungen mit der EU nicht einfach sein werden. Sowohl der Putschversuch als auch der Kampf gegen Terrororganisationen, wie PKK und ISIS, erschweren es in Ausnahmezeiten auf der rechtsstaatlichen Basis zu bleiben, und somit scheinen die Kontrollmechanismen der EU ihre Bedeutung verloren zu haben.
- Es ist offensichtlich, dass die Türkei ihre eigene Demokratie auch selbst entwickeln wird. Mit dem Referendum am 16. April 2017 setzte die türkische Bevölkerung diesbezüglich ein wichtiges Zeichen und beanspruchte die Demokratie für sich. Dabei spielt es keine Rolle, wie das Ergebnis aussieht. Ob wir es mögen oder nicht.

---

35 Laut einer Erklärung vom Justizminister Bekir Bozdağ am 7. Juli 2017 wurden seit dem Putschversuch vom 15. Juli 2016 bis heute gegen 168.801 Personen ein Gerichtsverfahren durchgeführt. Von diesen wurden 50.504 Menschen verhaftet und 48.371 Personen wurden unter richterlicher Kontrolle entlassen. Vgl. o. A.: Bozdağ, 15 Temmuz'dan sonraki süreçte tutuklananların sayısını açıkladı, in: Haberturk.com vom 7. Juli 2017, http://www.haberturk.com/gundem/haber/1555584-bekir-bozdag-15-temmuz-dan-sonra-kac-kisinin-tutuklandigini-acikladi.

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

- Die Unterstützung der Europäer ist nach wie vor ein wichtiges Instrument, doch ihre Politik müsste integrativer sein und mehr auf Vertrauen setzen.
- Die Türkei-Deutschland-Beziehung ist nicht nur im Hinblick auf die EU-Politik wichtig, auch auf der bilateralen Ebene hat sie eine besondere Bedeutung für die türkische Innen- und Außenpolitik.
- Für ein erfolgreiches Miteinander müsste man sich von dem täglichen Jargon entfernen und es müsste ein neues Verständnis zwischen der EU und der Türkei geschaffen werden.
- Der Putschversuch am 15. Juli 2016 war eine Respektlosigkeit gegenüber dem türkischen Volk und der Demokratie. Das Trauma des 15. Juli wird leider noch eine lange Zeit seine Auswirkungen in der Gesellschaft und in der Politik zeigen. Man wird versuchen dieses Trauma in der türkischen Gesellschaft möglichst schnell zu beseitigen. Ohne Zweifel: Die internationale Unterstützung und das entgegengebrachte Verständnis werden hierbei eine wichtige Rolle spielen. Wenn die Türkei in dieser schwierigen Zeit ohne Kompromisse an der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit festhält, könnte die türkische Gesellschaft eine demokratische und friedliche Türkei wieder aufbauen.

Literaturverzeichnis

Auswärtiges Amt: Länderinformationen Türkei. Beziehungen zu Deutschland: Wirtschaftliche Beziehungen, Berlin 2017, in: http://www.auswaertiges-amt.de/sid_61E7C92F89AA6C60B5751AED010B8B5D/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tuerkei/Bilateral_node.html#doc336370bodyText3 (Zugriff: 25.07.2017).

Axt, Heinz-Jürgen: Das Türkei-EU-Dilemma, in: Südosteuropa Mitteilungen, Jg. 45, Heft 4-5 (2005), S. 16-23.

Axt, Heinz-Jürgen: Zypern: Vertane Chance, in: Internationale Politik, Jg. 58, Heft 1 (2003), S. 23-24.

Birand, Mehmet Ali: Türkiye'nin Büyük Avrupa Kavgası 1959-2004, 11. Auflage, İstanbul 2005.

Bölükbaşı, Süha: Barışçı Çözümsüzlük, Ankara 2001.

Çayhan, Esra: Dünden Bu Güne Türkiye AB İlişkileri ve Siyasal Partilerin Konuya Bakışı, İstanbul 1997.

Dağı, İhsan D.: Transformation of Islamic Political Identity in Turkey: Rethinking the West and Westernization, in: Turkish Studies, Jg. 6, Heft 1 (2005), S. 21-37.

Davutoğlu, Ahmet: Stratejik Derinlik. Türkiye’nin Uluslararası Konumu [Strategische Tiefe. Internationale Lage der Türkei], Istanbul 2001.

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Deutsch-Türkische Industrie- und Handelskammer (Hrsg.): Wirtschaftsstatistiken zur Türkei, Istanbul 2017, in: http://www.dtr-ihk.de/wirtschaftsdaten/wirtschaftsstatistiken/ (Zugriff: 06.11.2017).

Erdoğan, M. Murat: „Earned Europeanness“: Turkey and Diaspora Turks in Europe, in: American Journal of Islamic Social Sciences (AJISS), Jg. 26, Heft 4 (2009), S. 136-146.

Erdoğan, M. Murat: Syrians in Turkey: Social Acceptance and Integration, HUGO-Hacettepe University, Ankara 2014, in: http://fs.hacettepe.edu.tr/hugo/dosyalar/TurkiyedekiSuriyeliler-Syrians%20in%20Turkey-Rapor-TR-EN-19022015.pdf (Zugriff: 10.11.2017).

Erdoğan, M. Murat: Urban Refugees from „Detachment“ to „Harmonization. Syrian Refugees and Process Management of Municipalities: The Case of Istanbul, Marmara Municipalities Union (MBB), Istanbul 2017.

Europäische Kommission: European Neighbourhood And Enlargement Negotiations: Turkey, Brüssel 2016, in: https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/countries/detailed-country-information/turkey_de (Zugriff: 25.07.2017).

Gürbey, Gülistan: „Strategische Tiefe“ als neues außenpolitisches Konzept der Türkei?, in: EurActiv vom 8. November 2011, http://www.euractiv.de/section/globales-europa/opinion/strategische-tiefe-als-neues-aussenpolitisches-konzept-der-turkei/ (Zugriff: 20.07.2017).

Hacettepe University Migration and Politics Research Center-HUGO (Hrsg.): „Die Gefühle und die Meinungen der türkischen Migranten in Deutschland über die rassistische Neo-Nazi-Mordserie“. Deutschland – Dezember 2011, Ankara 2011, in: http://fs.hacettepe.edu.tr/hugo/dosyalar/folien_zur_pressemitteilung.pdf (Zugriff: 20.07.2017).

Hacettepe University Migration and Politics Research Center-HUGO (Hrsg.): Euroturksbarometer, Ankara 2013, in: http://fs.hacettepe.edu.tr/hugo/dosyalar/ETB_rapor.pdf (Zugriff: 20.07.2017).

Kramer, Heinz / Reinkowski, Maurus: Die Türkei und Europa: Eine wechselhafte Beziehungsgeschichte, Stuttgart 2008.

Kramer, Heinz: A Changing Turkey: The Challenge to Europe and the United States, Washington, D.C. 2000.

Kramer, Heinz: EU – Türkei: Vor schwierigen Beitrittsverhandlungen, SWP-Studie S11, Berlin 2005.

Kühnhardt, Ludger: Die Türkei und Europa, in: Mut. Forum für Kultur, Politik und Geschichte, Nr. 431 (2003), S. 42-47.

Kühnhardt, Ludger: Von der ewigen Suche nach Frieden, Bonn 1996.

Kutlay, Mustafa / Akçalı, Öznur: Mülteci Krizi ve Türkiye-AB İlişkilerinde Eksen Kayması Riski, USAK, Ankara 2015.

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

O. A.: Bozdağ, 15 Temmuz'dan sonraki süreçte tutuklananların sayısını açıkladı, in: Haberturk.com vom 7. Juli 2017, http://www.haberturk.com/gundem/haber/1555584-bekir-bozdag-15-temmuz-dan-sonra-kac-kisinin-tutuklandigini-acikladi (Zugriff: 25.07.2017).

O. A.: Davutoğlu Esad'a ömür biçti, in: NTV vom 24. August 2012, http://www.ntv.com.tr/turkiye/davutoglu-esada-omur-bicti,Nsez_e7zmEO7uz5O9Pv6hw (Zugriff: 25.07.2017).

O. A.: Davutoğlu'ndan Suriyeli mülteci açıklaması, in: Sputnik News vom 21. August 2012, https://tr.sputniknews.com/turkish.ruvr.ru/2012_08_21/Davutoglundan-Suriyeli-multeci-achiklamasi/ (Zugriff: 25.07.2017).

O. A.: Militärische Zusammenarbeit mit Türkei „reibungslos“, in: Handelsblatt vom 21. Juli 2017, http://www.handelsblatt.com/politik/international/ursula-von-der-leyen-militaerische-zusammenarbeit-mit-tuerkei-reibungslos/20091720.html (Zugriff: 25.07.2017).

Republic of Turkey Ministry of Interior, Directorate General of Migration Management: Migration Statistics. Temporary Protection, in: http://www.goc.gov.tr/icerik6/temporary-protection_915_1024_4748_içerik (Zugriff: 06.11.2017).

Polenz, Ruprecht: Besser für beide: Die Türkei gehört in die EU, Hamburg 2010.

Richter, Heinz A.: Kurze Geschichte des modernen Zypern: 1878-2009, Wiesbaden 2010.

Sarrazin Thilo: Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München 2010.

Schönbohm, Wulf: Auf dem Weg nach Europa. Entwicklungen in der Türkei seit Helsinki, in: Internationale Politik, Jg. 55, Heft 11 (2000), S. 11-18.

Steinbach, Udo: Die Türkei – regionale Macht oder Verbündeter des Westens?, in: Reiter, Erich (Hrsg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 1999, Hamburg / Berlin / Bonn 1999, S. 562-578.

Themenheft Zypern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 59, Heft 12 (2009).

Tibi, Bassam: Europa ohne Identität? Die Krise der multikulturellen Gesellschaft,. München 2000.

Tibi, Bassam: Leitkultur als Wertekonsens. Bilanz einer missglückten deutschen Debatte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 51, Heft B 1–2 (2001), S. 23–26.

Turkish Statistical Institute: Labour Force Statistics, July 2017 in: Press Release, No. 24632 vom 16. Oktober 2017, http://www.turkstat.gov.tr/HbGetirHTML.do?id=24632 (Zugriff: 06.11.2017).

UNHCR: Syria Regional Refugee Response. Inter-agency Information Sharing Portal, Turkey, Genf 2017, in: http://data.unhcr.org/syrianrefugees/country.php?id=224 (Zugriff 08.11.2017).

Völlinger, Veronika / Weise, Zia: Wenn es um die Wirtschaft geht, in: Zeit Online vom 21. Juli 2017, http://www.zeit.de/politik/2017-07/deutsch-tuerkische-beziehungen-reisehinweis-hermes-buergschaften/seite-2 (Zugriff: 25.07.2017).

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Türkiye Cumhuriyeti Ekonomi Bakanliği: Uluslararasi Doğrudan Yatirimlar. 2016 Yili Raporu, in: https://www.ekonomi.gov.tr/portal/content/conn/UCM/uuid/dDocName:EK-250361 (Zugriff: 06.11.2017).

https://doi.org/10.5771/9783845287089
Generiert durch Universitätsbibliothek der FernUniversität Hagen, am 26.09.2018, 10:50:08.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.